

Oster-Traditionen

Peter Voith über den Benzinpreis-Ärger Osterhasen, Osterfeuer, Eiersuchen mit den Kindern im Garten - wer wollte schon gerne auf solch schöne Traditionen verzichten? Wobei es jährlich wiederkehrende Ereignisse gibt zum Fest, die wir gerne mal nicht erleben würden: zum Beispiel den alljährlichen österlichen Preisanstieg an den Tankstellen und die entsprechenden Reflexe hilfloser Politiker. Zur Belebung des Wettbewerbs an den Zapfsäulen haben in diesem Jahr vor allem Christ- und Freidemokraten Österreich und Australien entdeckt - als vermeintliche Vorbilder dafür, wie man die Konzerne zur Preisdisziplin zwingen kann. Nur muss man bei genauerem Hinsehen feststellen: Weder in den Alpen noch Down Under sind aufgrund staatlicher Regelungen die Preise in den Keller gegangen. Das Gegenteil war der Fall.

In Österreich etwa darf nur mittags der Preis nach oben gesetzt werden, während Preissenkungen beliebig oft möglich sind. Und was ist der Effekt? Sicherheitshalber wird gleich ein etwas höherer Preis genommen, senken kann man ihn ja schließlich beliebig oft. Auch der Hinweis, dass der Sprit im Alpenland billiger ist, zieht nicht richtig. Denn hier sind die Abgaben an den Staat geringer. Und Australien? Hier müssen die Tankstellen ihre Preise vorher anmelden, innerhalb von 24 Stunden darf der Preis nicht verändert werden. Was nach Untersuchungen der örtlichen Kartellbehörden dazu geführt hat, dass die freien Tankstellen weitgehend verschwunden sind, weil sie ihren Vorteil, auf die Preise der großen Konzerne mit etwas billigerem Sprit zu reagieren, verloren haben.

Was bleibt also von den Vorschlägen zur Benzinpreisbremse übrig? Vor allem eines: populistisches - um im österlichen Bild zu bleiben - Herumgeeiere, das womöglich auch dem Wahlkampf in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen geschuldet ist. Da sucht man gerne die Nähe zu den Autofahrern. Aber eben nur verbal und nicht tatsächlich. Denn politische Einflussmöglichkeiten gäbe es ja, den Zorn der Autofahrer zu dämpfen. Etwa könnte die Koalition in Berlin die Energiesteuer senken oder die Pendlerpauschale erhöhen. Was aber - abgesehen von einigen FDP-Politikern - niemand ernsthaft verfolgt, am wenigsten Finanzminister Wolfgang Schäuble, dem man angesichts knapper Kassen das nicht einmal übel nehmen kann.

Was also bleibt den Autofahrern? Wohl oder übel nur, sich mit dem Gedanken anzufreunden, dass es noch andere Verkehrsmittel gibt, die sie ans Ziel bringen. Dass dies immer mehr Menschen tatsächlich tun, beweisen die steigenden Kundenzahlen, einerlei ob bei der Bremer Straßenbahn AG, der Bahn, bei Carsharing-Unternehmen oder Mitfahrzentralen. Und sogar der ungeahnte Erfolg der Bürgerbus-Bewegung auf dem Land zeigt: Es tut sich was. Längst haben auch modern denkende Verkehrsunternehmen begriffen, dass das Auto nicht die Konkurrenz zum ÖPNV oder gar zum Fahrrad ist, sondern dass in der engen Verzahnung aller Verkehrsmittel die Zukunft der Mobilität liegt.

Diese so auszubauen, dass die Nutzung alternativer Verkehrsmittel nicht die von notorischen Autofahrern propagierte "freie Fahrt für freie Bürger" behindert - darüber lohnte es sich garantiert mehr zu debattieren als nach Österreich oder Australien zu gucken. peter.voith@weser-kurier.de

© Copyright Bremer Tageszeitungen AG Ausgabe: Verdener Nachrichten Seite: 2 Datum: 02.04.2012